

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.linkefraktion-mkk.de

6. Mai 2009

Main-Kinzig-Gas: Kreistagsfraktion DIE LINKE verlangen sofortige Umsetzung des Urteils des Oberlandesgerichtes Frankfurt

Die Kreistagsfraktion der LINKEN hat für die nächste Sitzung des Kreistages beantragt, dass die vom Kreis entsandten Aufsichtsratsmitglieder, sich dafür einzusetzen, dass das Urteil des Oberlandesgerichtes Frankfurt vom 05.05.2009 schnellstens umgesetzt wird. Hierbei sollten alle Kunden –ohne dass sie geklagt oder Geltendmachungen eingereicht haben- ohne Aufforderung berücksichtigt werden und die Überzahlten Beträge schnellstens erstattet werden. Ebenfalls sollten die Aufsichtsratsmitglieder darauf hinwirken, dass auf eine Einlegung einer Revision verzichtet wird.

Das Oberlandesgericht Frankfurt hat am 05.05.2009 die so genannte Preisänderungsbestimmungsklausel in den Lieferverträgen zwischen der Main-Kinzig-Gas und rund 90 Prozent ihrer Kundschaft, fast 25 000 Sondervertragskunden, mit Wirkung vom 1. November 2005 für unrechtmäßig erklärt.

Damit fehlt den in dieser Zeit vorgenommenen Preiserhöhungen die Rechtsgrundlage. Somit können die Kunden jetzt Rückzahlungen geltend machen, auch jene, die zwischenzeitlich zu anderen Anbietern gewechselt sind.

„Der Aufsichtsrat muss nun entscheiden, wie das Unternehmen nun mit seinen Kunden umgeht - nicht nur mit den Klägern, die gestern vor Gericht Recht bekamen, hier fordern wir von den Verantwortlichen des Main-Kinzig-Kreises den öffentlichen Bekenntnissen zu niedrigeren Gaspreisen auch Taten folgen zu lassen,“ so der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Andreas Müller.

„Erst 27% erhöhen, dann 14 % senken und das ganze noch bei niedrigeren Bezugspreisen als 2008, war schon ein Skandal Dies bestätigt jetzt auch die Gerichtsentscheidung. Diese zu Unrecht einbehaltenen Gewinne, muss Main-Kinzig-Gas jetzt zurückzahlen,“ fordert die LINKE Kreistagsfraktion.

Müller erinnert daran, dass die LINKEN vom Main-Kinzig-Kreis fordern an den öffentlichen Betrieben festzuhalten und nicht an private Anbieter zu veräußern. Dies gelte genauso für die Main-Kinzig-Gas mit ihrem 50% Mitgesellschafter Mainnova. Aufgrund des Verhaltens

der Main-Kinzig-Gas und vor allem des Mitgesellschafters Mainova, sei der richtige Schritt, die bereits privatisierten Anteile zurückzukaufen. Das gelte jetzt erst recht. Das Unternehmen habe über Jahre "auf Kosten der Verbraucher" einen Eigenkapitalanteil von 70 Prozent aufgebaut, sämtliche Investitionen aus dem laufenden Betriebsergebnis erwirtschaftet und kräftige Dividenden ausgeschüttet. Man hätte aufgrund der "millionenschweren Gewinnrücklagen" auf Preiserhöhungen verzichten können. Statt dessen habe man, gegen den Widerstand von Landrat Pipa, die Preiserhöhungen durchgedrückt. Selbst als die Einkaufspreise gefallen waren, wurde die Preiserhöhung nur teilweise zurückgenommen und zusätzliche Gewinne erzielt. Dies auf Kosten der Verbraucher.

„Wir haben Landrat Erich Pipa beim Kampf gegen die Preiserhöhungen unterstützt und werden ihn hier weiter unterstützen“, so Müller, „allerdings muss auch er aufgrund des Urteils schnell einsehen, dass es so nicht weitergehen kann und einen Rückkauf der Mainova Anteile durchsetzen.“

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Main-Kinzig

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender